

## Rechtes Seeufer

# Juristen setzen sich für Minarette ein

Der Küssnacher Verein «Unser Recht» bringt sich in der Abstimmungsdebatte über das Minarett-Verbot ein. Als Sammelbecken von Argumenten will er die Politik stärker mit der Wissenschaft vernetzen.

Von Michel Wenzler

Küssnacht - In der Schweiz tobt der Abstimmungskampf um das Minarett-Verbot. Eine Schaltstelle befindet sich dabei an der Goldküste: Seit die Initiative eingereicht worden ist, sammelt und bündelt ein Küssnacher Verein Argumente für die bevorstehende Abstimmung - ohne dabei in der Öffentlichkeit gross in Erscheinung zu treten.

Vielmehr stellt die Gruppierung Informationen zur Verfügung, die dann andere politische Kräfte in die öffentliche Diskussion einbringen. Der Verein heisst «Unser Recht», sein Name erinnert zunächst an eine rechtskonservative Gruppierung, die sich für die Bewahrung der Schweizer Kultur und gegen Überfremdung starkmacht.

### Reaktion auf Blocher-Rede

Doch der Verein, den der Küssnacher Freisinnige Ulrich E. Gut präsidiert, hat sich das Gegenteil auf die Fahne geschrieben: Er ist nicht für, sondern gegen das Minarett-Verbot. Nicht zum ersten Mal bringt sich der Verein in die politische Debatte ein. Gegründet wurde er 2007, nachdem der damalige SVP-Bundesrat Christoph Blocher in einer 1.-August-Rede dem Völkerrecht vorgeworfen hatte, es breche Volkes Recht.

Seither hat es sich der Verein zur Aufgabe gemacht, zwischen nationalem und internationalem Recht zu vermitteln. «Man kann beides zusammenführen, ohne dass es dabei zu grossen Konflikten kommt», sagt Alexander Schaar, Vorstandsmitglied des Vereins und Assistent am Rechtswissenschaftlichen Institut der Universität Zürich.

«Unser Recht» will für die Achtung und die Weiterentwicklung des Rechtsstaats und des Völkerrechts eintreten. Im Moment konzentriert sich der Verein aber in erster Linie darauf, Angriffe auf das internationale Recht abzuwehren. Aktiv war der Verein etwa im

Kampf gegen die Einbürgerungsinitiative. Gegenwärtig befasst er sich vor allem mit dem Minarett-Verbot, aber auch mit der Initiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer.

Der überparteiliche Verein hat schweizweit rund 100 Mitglieder, darunter Ulrich E. Guts Ehefrau, Regierungsrätin Ursula Gut (FDP), die Mändörfli CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer und deren Mann, CVP-Kantonsrat Lorenz Schmid, oder die Präsidentin der Jungfreisinnigen Schweiz, Lena Schneller aus Küssnacht.

Weil sich der Verein nur über Mitgliederbeiträge finanziert, sind seine Aktionen um einiges bescheidener als der Anspruch, einen Beitrag zur Meinungsbildung und Aufklärungsarbeit zu leisten. «Wir können keinen Abstimmungskampf führen, aber bei der kommunikativen Aufbereitung der Argumente helfen», sagt Gut, ehemals Chefredaktor der «Zürichsee-Zeitung», FDP-Kantonsrat und heute PR-Berater.

### Netzwerk statt Geld

Das Kapital des Vereins ist sein Netzwerk. Vor allem den Dialog zwischen der Politik und der Fachwelt will er stärken. Er sieht sich als Plattform, bei der Politiker Expertenmeinungen zu völkerrechtlichen Fragen einholen können. Seinen Mitgliedern und Interessierten verschickt der Verein Newsletter mit Fakten, Meinungen und Einschätzungen von Juristen, Bürgerrechtlern oder Soziologen. Deren Fazit zur Minarett-Initiative: Das Begehren verstösse gegen die Religionsfreiheit.

Und zu einer Lösung der Integrationsprobleme trage sie nichts bei, findet Jurist Schaar, der sich wissenschaftlich mit der Minarett-Frage beschäftigt. Dass die muslimische Gesellschaft in der Schweiz - grösstenteils setzt sie sich aus Gastarbeiterfamilien aus Ex-Jugoslawien und der Türkei zusammen - in der

Schweiz Minarette bauen will, deutet er als gutes Zeichen. «Früher trafen sich Muslime in alten Fabrikhallen und übten dort ihre Religion im Stillen aus», sagt er. Heute dagegen würden sie sich getrauen, öffentlich zu ihrem Glauben zu stehen - weil sie sich in der Schweiz zu Hause fühlten und sich nicht mehr verstecken müssten.

### Integration oder nicht?

Minarette sind deshalb für den Verein «Unser Recht» ein Zeichen von Integration. Genau umgekehrt sehen dies die Initianten, die auf ihren Plakaten eine Muslimin in der Burka und Minarette, die an Raketen erinnern, abgebildet haben. Dass einige Städte diese Plakate verboten und damit das Recht auf freie Meinungsäusserung beschnitten haben, irritiert auch den Verein «Unser Recht». Schaar bezweifelt, dass das Plakatverbot juristisch zulässig ist.

Gemäss seiner Philosophie müsste sich der Verein also für den politischen Gegner starkmachen. «Wenn wir gefragt werden, sagen wir auch, dass wir gegen das Plakatverbot sind», sagt Gut. Aktiv - also von sich aus - kommuniziert dies der Verein allerdings nicht. «Wir müssen uns mit unseren bescheidenen Mitteln auf jene Frage konzentrieren, die für uns am wesentlichsten ist», begründet dies der Vereinspräsident. [www.unser-recht.ch](http://www.unser-recht.ch)

### Kritik und Spott

Was die «Weltwoche» sagt

Mit seinem Engagement hat der Verein nicht nur Lob geerntet, sondern sich auch Kritik und Spott zugezogen. Der Verein würde hinter den Kulissen den Angriff auf die direkte Demokratie planen, schrieb etwa die «Weltwoche». Die Staatsrechtler, Politiker und politisierenden Juristen würden das internationale Recht verherrlichen. Dieses genieße bei ihnen Vorrang vor den Entscheidungen der demokratischen Basis. Sogar als «Volksverächter» bezeichnete die Wochenzeitschrift deshalb die Vereinsmitglieder und geisselte sie als Intelligenzija, die das Volk bevormunden wolle.

Ein Zerrbild, sagt Vereinspräsident Gut. «Wir sind ein Player unter vielen in einem pluralistischen System. Daran ist nichts Verwerfliches.» Mit dem Vorwurf, der Verein sei ein elitärer Zirkel, der über Gebühr Einfluss nehme, kann er nicht viel anfangen. «Schliesslich scharft sich um Alt-Bundesrat Christoph Blocher ebenfalls ein kleiner Kreis, den man als Elite bezeichnen kann.» Und die «Weltwoche» schreibe dieser schliesslich auch nicht vor, sie solle polit- abstinent sein. (miv)



Alexander Schaar.



Ulrich E. Gut. Fotos: Michael Trost

IG Freiheit

## Zolliker Verein mischt in der Bundespolitik mit

Vereine mit Sitz an der Goldküste übernehmen zunehmend die Aufgaben von Parteien.

Zollikon - Der Verein «Unser Recht» ist nicht die einzige überparteiliche Gruppierung an der Goldküste, die auf die nationale Politik Einfluss nimmt. So befindet sich in Zollikon die Geschäftsstelle der Interessengemeinschaft Freiheit. Deren Adresse führt zum ehemaligen SVP-Generalsekretär und Unternehmer Gregor Rutz, einem der Mitbegründer der IG Freiheit. Zusammen mit

dem Zolliker Alt-Gemeinderat Christian Steinmann (FDP) beschloss er vor drei Jahren, die IG zu gründen. Mittlerweile zähle sie 2000 Mitglieder, sagt Rutz.

Darunter finden sich zahlreiche bekannte Namen aus dem bürgerlichen Lager: SVP-Nationalrat Peter Spuhler amtiert als Präsident, FDP-Nationalrat Otto Ineichen und CVP-Nationalrat Gerhard Pfister sind Vizepräsidenten. Im Vorstand sind unter anderem auch SVP-Präsident Toni Brunner, der ehemalige Bundesratskandidat Christian Lüscher (FDP) und Nationalrat Jean-François Rime, der bei der SVP kurz als Sprengkandidat für die Nachfolge von Pascal Couchepin im Gespräch war.

Die IG Freiheit setzt sich für die Freiheitsrechte der Bürger und «gegen den Erlass unnötiger staatlicher Regulierungen» ein. Jedes Jahr verleiht sie den «rostigen Paragraphen» für das unsinnigste Gesetz, das in der Schweiz erlassen wurde. Der marktwirtschaftliche Wettbewerb und der gesunde Menschenverstand würden zu besseren Lösungen führen als eine Unzahl von Gesetzen und Verordnungen, heisst es auf der Homepage.

«Wir greifen namentlich diejenigen Fragen auf, welche von den grossen Parteien regelmässig aufgrund fehlender Ressourcen nicht behandelt werden können», sagt Rutz. Zum Beispiel macht sich die IG gegen die Einschränkung der Öffnungszeiten von Tankstellen-Shops stark. Hingegen lehnt sie das Präventionsgesetz als «neue staatliche Bevormundung» ab. Präventionsprogramme im Bereich Tabak, Alkohol und Ernährung hätten geradezu missionarischen Charakter angenommen.

### Keine Parole zu Minaretten

Zur Minarett-Initiative hingegen hat sich die IG Freiheit nicht geäussert - obwohl diese in den Augen vieler die Religionsfreiheit einschränkt (siehe Artikel oben). «Bei der Minarett-Frage geht es primär um bauliche Fragen», sagt dagegen Gregor Rutz. Und diese würden bereits von den grossen Parteien debattiert.

Der Vorstand habe deshalb die Volksinitiative nicht als prioritär für die IG Freiheit erachtet und sie deshalb nicht behandelt. Michel Wenzler [www.freiheit-liberte.ch](http://www.freiheit-liberte.ch)



Noch lässt es sich unter den Pappeln trefflich flanieren. Foto: Michael Trost

## Im Küssnacher Horn werden mehrere alte Bäume gefällt

Weil sie alt und in einem schlechten Zustand sind, müssen in Küssnacht mehrere Pappeln weichen. Junge Bäume sollen sie ersetzen.

Küssnacht - Mehrere Bäume in der Küssnacher Hornanlage sind überaltert und in einem schlechten Zustand. Mit einer auf die nächsten 5 bis 10 Jahre ausgelegten Planung soll der Baumbestand etappenweise erneuert werden, wie die Gemeinde Küssnacht in einer Medienmitteilung schreibt.

Bäume werden in drei Vitalitätsstufen eingeteilt, in die Aufbau-, die Reife- und die Altersphase. Viele der Bäume im Küssnacher Horn befinden sich bereits in der Altersphase. Dies zeigt sich etwa an grossen abgestorbenen und zum Teil abgebrochenen Ästen, ungenügender Standfestigkeit, an Holzfäulnis oder am spärlichen Bewuchs. «Einige Bäume sind deshalb für die Besucher der Anlage eine erhöhte Gefahr und erfordern Gegenmassnahmen», schreibt die Gemeinde.

### Für Ersatz ist gesorgt

Die Arbeitsgruppe Grünraumentwicklung der Gemeinde hat sich deshalb mit der Erneuerung des Baumbestands im Horn auseinandergesetzt. An einer Begehung mit Fachleuten sind die zu fällenden Bäume sowie die Ersatzpflanzungen definiert worden. Eine Erneue-

rung des Bestandes dränge sich vor allem aus landschaftsarchitektonischer und baumbiologischer Sicht auf. Am Dienstag, 3. November, wird die erste Etappe des Konzepts umgesetzt. Auf dem zürichseitigen Teil der Hornanlage werden eine direkt am Ufer stehende Pappel sowie zwei mit Drahtseilen verbundene Pappeln auf dem Kiesplatz bei der Mündung des Dorfbaches gefällt. Für die Letzteren ist laut der Mitteilung der Gemeinde eine Ersatzpflanzung vorgesehen. Die Pappel am See wird zu einem späteren Zeitpunkt ersetzt. Im nächsten Jahr sind dann weitere Arbeiten auf der anderen Seite der Hornanlage geplant.

Wegen der Fällarbeiten ist am 3. November ein Teil des Küssnacher Horns aus Sicherheitsgründen für Besucher gesperrt. Patrik Berger

Reklame AH0586ztgA/A

vino@cavino  
wein & olivenöl - bahnhofstr.1 8712 stäfa

Reklame AH0573ztgA/A

MUSIKHAUS GURTNER  
Im Dörfli 25 8706 Meilen  
044 923 25 70  
Die Adresse für Blasinstrumente  
[www.musikhaus-gurtner.ch](http://www.musikhaus-gurtner.ch)